

Lebensweltorientierung, Sozialraumorientierung und Partizipation

Zentrale Handlungsmaximen Sozialer Arbeit im 21. Jahrhundert

Stefanie Debiel

Zusammenfassung

Der folgende Artikel befasst sich mit zentralen Handlungsmaximen Sozialer Arbeit im 21. Jahrhundert. Neben den Maximen der Lebenswelt- und Sozialraumorientierung, die in den beiden ersten Abschnitten diskutiert werden, fokussiert der Beitrag Partizipation als dritte zentrale und gleichrangige Handlungsmaxime Sozialer Arbeit. Dies insbesondere vor dem Hintergrund einer Übernahme von Verantwortung für gesellschaftliche Belange, aber auch der Förderung demokratischer Teilhabe benachteiligter Bevölkerungsgruppen.

Abstract

The following article deals with fundamental maxims of social work in the 21st century. Besides the fundamental maxims "Lebensweltorientierung" (which refers more to the individual person) and „Sozialraumorientierung" (which refers more to the relationship between the person and the environment/community) the article emphasises participation as a third fundamental maxim of social work, which is of equal importance. Among other things the argumentation is based on the discussion on civil society.

Schlüsselwörter

Soziale Arbeit - Lebenswelt - Partizipation - Zivilgesellschaft - Jugendarbeit - Handlungskompetenz - Sozialraum

1. Einleitung

Lebenswelt- und Sozialraumorientierung kennzeichnen fast paradigmatisch das moderne Verständnis Sozialer Arbeit im 21. Jahrhundert. Häufig zusammen gedacht, prägen sie fachliche Diskurse und professionelle Handlungsbezüge, insbesondere im Bereich der Sozialen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Eingebettet in die Theoriediskussion, jedoch deutlich weniger herausgestellt, wird der Handlungsauftrag Sozialer Arbeit auch als Befähigung und Unterstützung von Adressatinnen und Adressaten zur gesellschaftlichen Partizipation verortet. Ausgangsthese ist, dass Soziale Arbeit im 21. Jahrhundert immer zugleich lebensweltorientiert, sozialräumlich und partizipativ ausgerichtet sein soll, um sich mit sozialen Problem- und Lebenslagen wirkungsvoll auseinandersetzen zu können.

2. Lebensweltorientierung – oder: der gelingendere Alltag als Ressource

2.1 Der menschliche Alltag als Ansatzpunkt sozialarbeiterischer Handlungsvollzüge

Das von *Thiersch* seit den 1980er-Jahren entwickelte Konzept der Lebenswelt- beziehungsweise Alltagsorientierung prägt spätestens mit Veröffentlichung des Achten Kinder- und Jugendberichtes (1990) als Rahmenkonzept das disziplinäre und professionelle Selbstverständnis Sozialer Arbeit, insbesondere in der Kinder- und Jugendhilfe. Vor dem Hintergrund individualisierter und pluralisierter Gesellschaften (*Beck* 1986) steht der Alltag des Menschen im Mittelpunkt sozialarbeiterischer und sozialpädagogischer Analysen und Handlungsvollzüge. Ein Ausgangspunkt der Überlegungen von *Thiersch* ist, dass individualisierten und pluralisierten Gesellschaften herkömmliche Orientierungsmuster und ein das Individuum sicherndes „Alltagswissen“ verloren gehen und sich dabei vielfältige Formen der Alltagsbewältigung ausbilden. Zudem werden die gesellschaftlichen Strukturen zunehmend von sozialen Ungleichheiten geprägt mit der Folge, dass neue Formen von Inklusion und Exklusion entstehen. Dies wiederum könnte zu Verhaltensverunsicherungen führen. Das Konzept der lebensweltorientierten Sozialen Arbeit setzt vor dem Hintergrund der analysierten Problemlagen und mit Bezugnahme auf vier zu Grunde gelegte Wissenschaftskonzepte am Alltag der Adressaten und Adressatinnen an. Sozialarbeiterische und sozialpädagogische Handlungsvollzüge zielen darauf ab, die Alltagsgestaltung von Betroffenen hermeneutisch-pragmatisch zu verstehen, zu rekonstruieren, kritisch zu hinterfragen und vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Entwicklungen in einem strukturellen Kontext zu verorten (*Grunwald; Thiersch* 2004, S. 13 ff.).

2.2 Ressourcen entdecken – strukturelle Ungleichheiten aufdecken

Kennzeichnend für das Konzept ist, dass die lebensweltliche Alltagsorganisation der Adressatinnen und Adressaten primär als Sinn stiftende Ressource und Form der Alltagsbewältigung gesehen wird. Dennoch geht es, *Grunwald* und *Thiersch* (2004, S. 22 ff.) folgend, in Handlungsvollzügen der Sozialen Arbeit auch darum, kritisch zu hinterfragen, wo Alltagsorganisation zur Routine wird, die einerseits strukturelle Ungleichheiten verdecken, aber auch individuell zu Verstrickungen im eigenen Alltag führt. Somit verfolgt das Konzept den Anspruch, strukturelle Ungleichheiten aufzudecken und zum „gelingenderen Alltag“ (*ebd.*, S. 23) der Klientel beizutragen.

Für die operative Umsetzung des Konzeptes in der Sozialen Arbeit gelten die bekannten Strukturmaxi-

men der Prävention, Alltagsnähe, Dezentralisierung, Regionalisierung und Vernetzung, Integration und Partizipation, die im Verbund zu sehen sind. Partizipation wird hier einerseits bezogen auf die Handlungsprozesse in sozialarbeiterischen Unterstützungsprozessen, andererseits jedoch auch auf die Beteiligung an regionalen Planungsprozessen.

3. Sozialraumorientierung – oder: die Aneignung des Raumes als Ressource

3.1 Sozialraumorientierung – Einordnung des Begriffs im Rahmen der Fachdiskussion

Die fachliche Diskussion um Sozialraumorientierung in der Sozialen Arbeit hat verschiedene Stränge und Akzentuierungen. Ein Theorie- und Diskussionsstrang seit Ende der 1980er-Jahre bezieht sich auf die Kinder- und Jugendarbeit. Insbesondere mit der Veröffentlichung von *Lothar Böhnisch* und *Richard Münchmeier* zur „Pädagogik des Jugendraums“ (1990) gewann der Theorieansatz einer sozialräumlichen Jugendarbeit an Bedeutung und ist heute stark mit den weiteren Arbeiten von *Ulrich Deinert* (2005a) verbunden. Die Theorie setzt an den räumlichen Bedingungen und lebensweltlichen Erfahrungsbezügen von Kindern und Jugendlichen in und mit Räumen an. Sie dient als Begründungszusammenhang für die Kinder- und Jugendarbeit, um die Bedeutung und den Aspekt der Aneignung von Räumen in pädagogische Konzepte und Angebotsformen einzubeziehen (*ebd.*, S. 18 f.).

Ein zweiter Diskussionsstrang bezieht sich in erster Linie auf den Sozialraum als stadtplanerische Kategorie. Damit verbunden werden Überlegungen und Konzepte zur Stärkung von Sozialräumen mit besonderem Entwicklungsbedarf, die unter anderem durch das 1999 gestartete Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ vorangetrieben wurden. Planerisch dienen Sozialraumanalysen der Bedarfsermittlung vor dem Hintergrund sozialstruktureller Daten, aber auch der Zuschneidung von Sozialräumen und der Zuweisung von Sozialraumbudgets im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe (*Hinte* 2005, S. 359 f.). Er weist in seinem Aufsatz kritisch auf die Vermengung der unterschiedlichen Diskurse und die damit häufig unspezifische Nutzung und Deutung des Begriffes Sozialraumorientierung hin. Insofern scheint es angemessen, kurz auf gemeinsame Quellen des Begriffes Sozialraumorientierung einzugehen.

Folgt man den Ausführungen von *Riege* und *Schubert* (2002, S. 9 ff.), so beziehen sich die Quellen des Begriffes Sozialraum auf die systematischen Analysen moderner Städte durch die Chicagoer Schule in den 1920er-Jahren sowie die weiteren Analysen der Hu-

manökologie des Verhältnisses von Mensch und Raum seit den 1940er- und 1950er-Jahren. In Deutschland werden diese Studien unter dem Begriff der Sozialökologie ein bis zwei Jahrzehnte später rezipiert. Räume werden nicht nur als rein geographische Größen analysiert, sondern in ihren Bedeutungen als Lebens- und Verhaltensräume im Wechselverhältnis zwischen Mensch und Raum beziehungsweise Raum und Mensch. Weitere Einflüsse auf das Konzept des Sozialraums führen die Autoren auf die Wiederbelebung der Auseinandersetzung mit dem Begriff der „Lebenswelt“ zurück. „Denn mit dem Begriff der Lebenswelt werden besonders die sekundären Qualitäten des sozialen Raumes beleuchtet, also Eigenschaften, die Dinge nur haben, wenn sie von Menschen wahrgenommen werden. Anders herum betrachtet, geht es um die Frage, welche Merkmale des Raumes von den Menschen aus ihrer jeweiligen individuellen Sicht erfasst und mit relevanten Bedeutungen aufgeladen werden“ (*ebd.*, S. 16).

3.2 Sozialraumorientierung

als lebensweltliche Aneignung von Räumen

Hervorheben möchte ich in meinen Ausführungen die Diskussion um Sozialraumorientierung als lebensweltliche Aneignung von Räumen, wie sie in der bereits skizzierten Konzeptentwicklung einer sozialräumlichen Jugendarbeit in verschiedenen Veröffentlichungen von *Böhnisch*; *Münchmeier* und *Deinert* herausgearbeitet wurde. Das Konzept der sozialräumlichen Jugendarbeit bezieht sich als Ausgangspunkt insbesondere auf die Gesellschaftsanalyse von *Beck* (1986). *Böhnisch* und *Münchmeier* (1990, S. 15 ff.) problematisieren ebenso wie *Thiersch* in seinem Konzept der Lebensweltorientierung, dass sich tradierte Normen und damit verbundene Rollen- sowie Institutionengefüge zunehmend auflösen. Damit einher gehe eine zunehmende sozialräumliche Orientierung der Kinder und Jugendlichen. Im sozialräumlichen Konzept wird Raumanneignung als Ressource begriffen, sich in Gesellschaft vor dem Hintergrund des Kind- und Jugendlichenseins zu „verorten“, eigene (Frei-)Räume einzufordern, aber auch, als Gruppe in dieser Gesellschaft sichtbar zu werden.

Der Jugendarbeit wird in diesem Kontext die Aufgabe zugewiesen, in ihren Handlungsvollzügen das Sichtbarmachen von Kindern und Jugendlichen im öffentlichen Raum zu unterstützen sowie in institutionellen Kontexten Aneignungsräume zu ermöglichen (*Böhnisch*; *Münchmeier* 1990, S. 15 ff., *Deinert* 2005a, S. 13 ff.). Bezugs- und Begründungskonzepte für das räumliche Aneignungstheorem sind bei *Deinert* (2005b, S. 27 ff.) die Aneignungstheorie von *Leontjew* (1980)¹ sowie ihr Transfer durch *Holzkamp*

(1973), in Verbindung mit den sozialökologischen Ansätzen von *Muchow* (1930er-Jahre), *Baacke* (1984) und *Zeiber* (1983). Mit Bezugnahme auf *Leontjew* und *Holzkamp* arbeitet *Deinet* heraus, dass in der tätigen Auseinandersetzung mit der gegenständlichen und räumlichen Umwelt Sinn stiftende gesellschaftliche und soziale Erfahrungs- und Beziehungsbezüge stattfinden. Der Mensch passe sich jedoch nicht nur passiv an die Umwelt an, sondern eigne sich diese aktiv an. Mit Bezugnahme auf die oben genannten sozialökologischen Ansätze führt *Deinet* weiter aus, dass sich Aneignungsprozesse immer auch räumlich vermitteln und vollziehen. Er weist darauf hin, dass durch die Veränderung und Verregelung von Räumen Aneignungsprozesse eingeschränkt werden können. Zudem komme, mit Bezug auf *Löw* (2001) hinzu, dass auch virtuelle Räume in die Aneignungstheoretischen Überlegungen mit eingebunden werden müssten.

3.3 Der Sozialraum als individuelle und strukturelle Bezugsgröße Sozialer Arbeit

Festhalten möchte ich, dass die zentrale Handlungsmaxime in der sozialräumlichen Kinder- und Jugendarbeit vorsieht, Kindern und Jugendlichen im institutionellen, öffentlichen und virtuellen/medialen Raum Sinn stiftende und orientierende (Wieder-) Aneignungsmöglichkeiten zu eröffnen, um ihnen gesellschaftliche Verortung eigenständig, aber auch im Umgang mit weiteren Nutzern und Nutzerinnen des Sozialraums zu ermöglichen. Insofern ist eine Bezugnahme zu den vorher angedeuteten Diskussionssträngen in der Sozialraumorientierung möglich und nötig.

Sozialräume sind sowohl strukturelle als auch lebensweltliche Lebensräume für unterschiedliche Bewohnerinnen und Bewohner sowie Nutzende. Deren Ausgestaltung und Entwicklung steht in unmittelbarer Wechselwirkung mit den Menschen, den Altersgruppen, den Lebensbiographien, den infrastrukturellen Gegebenheiten eines Sozialraums. Die Analyse gerade von Sozialräumen mit besonderem Entwicklungsbedarf macht es möglich, Verhinderungen im Aneignungsbezug, insbesondere für benachteiligte Personengruppen, deutlich zu machen. So sind vor dem Hintergrund ökonomischer Ressourcen Menschen in Armutslagen von der Nutzung öffentlicher Räume wie zum Beispiel Kultur- und Freizeiteinrichtungen ausgeschlossen. Eine häufig eingeschränkte Mobilität begrenzt den Erfahrungshorizont betroffener Gruppen auf das (meist wenig anregungsreiche) Lebensumfeld. Die Schaffung eines anregungsreichen Lebensumfeldes, die Herstellung von Vernetzung sowie die Erweiterung des eigenen Lebensumfeldes

kann Sinn stiftende Erfahrungsbezüge ermöglichen und sollte auch in stadtplanerischen Maßnahmen mit bedacht werden.

Räumliche Aneignung als aktiven und nicht nur passiven Prozess zu ermöglichen und das Lebensumfeld als Ressource einzubinden heißt, die Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner eines Sozialraumes einzubeziehen und zu vernetzen. Hierzu eine Positionierung von *Hinte*: „Wesentliche Grundlage eines sozialraumorientierten Konzepts sind die Orientierung an den Interessen und dem Willen der Betroffenen, an ihrer Aktivität, ihren Ressourcen und ihrer Eingebundenheit in sozialräumliche Netze sowie an den dort zu Verfügung stehenden Potenzialen“ (2005, S. 359). Partizipation der Betroffenen ist also auch hier elementarer Bestandteil sozialräumlicher Sozialer Arbeit.

4. Partizipation – oder: Akteure als Ressource

4.1 Kontextgebundene Begriffsklärung

Partizipation als notwendige Handlungsmaxime taucht als Forderung in der Sozialen Arbeit bereits seit den 1970er-Jahren auf. Von einer „partizipativen Sozialen Arbeit“ wird jedoch in der Fachdiskussion bisher weniger explizit gesprochen. Bevor ich zu Argumentationslinien für eine partizipative Soziale Arbeit komme, möchte ich eine kontextgebundene Begriffsklärung vornehmen.

Partizipation lässt sich für den hier gewählten Kontext einerseits demokratietheoretisch und andererseits sozialarbeiterisch/sozialpädagogisch fassen. Demokratietheoretisch setzt politische Partizipation die Demokratie als Staatsform voraus, wobei sich Verfahren und Vorgehensweisen unterscheiden. Konstitutives Beteiligungsrecht aller Demokratien ist das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht (*Wewer* 1998, S. 114). *Wewer* stellt fest, dass in der geschichtlichen Entwicklung dieses demokratische Beteiligungsinstrument nicht allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen zugestanden wurde. Historisch nahmen Demokratisierungsbestrebungen wie die internationale Frauenbewegung, die Bürgerrechtsbewegung in den USA, aber auch die Selbstbestimmungsbewegung behinderter Menschen Einfluss auf die Erweiterung politischer und damit auch gesellschaftlicher Partizipationsmöglichkeiten. Als abgeschlossen können diese Reformprozesse auch heute nicht gelten.

Umfassendere Reformprozesse zur Erweiterung von Teilhaberechten in der Bundesrepublik Deutschland lassen sich zum Ende der 1960er-Jahre und Beginn der 1970er-Jahre ausmachen. Eingeleitet wurden sie

durch den Regierungswechsel zur sozial-liberalen Regierungskoalition im Jahr 1969, zudem durch zahlreiche Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen, die sich für eine verstärkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger insbesondere in lokalen und regionalen Bezügen einsetzten. Auch die Einführung von Mitbestimmungsrechten in Betrieben im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes sowie die Betroffenenbeteiligung auf Bundesbau- und Stadtplanungsebenen lassen sich in dieser Zeit verorten (*Schmals; Heinel 1997, S. 9 f.*).

4.2 Partizipation als Strukturmaxime Sozialer Arbeit

Die Forderung nach mehr Betroffenenpartizipation wuchs im gleichen Zeitraum auch für die Institutionen Sozialer Arbeit. Sie fand ihren Ausdruck unter anderem in der Kritik an einem eingreifend-kontrollierenden Selbstverständnis Sozialer Arbeit und der Individualisierung struktureller Defizite. Das Subsidiaritätsprinzip mit dem Ziel, Adressaten und Adressatinnen zur Unabhängigkeit von sozialarbeiterischen Interventionen zu befähigen, ist ein Ansatzpunkt, dieser Kritik konstruktiv zu begegnen (*Buchkremer 1976, S. 66*). Auch die Selbsthilfebewegungen setzten an diesem Kritikpunkt an und wandten sich teilweise gegen die professionelle Unterstützung. Explizit aufgegriffen wurde die Befähigung zur institutionellen und gesellschaftlichen Partizipation auch im Sinne einer selbst organisierten Problemlösung durch Betroffene im Fünften Kinder- und Jugendbericht (*Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit 1980*). Die hier bereits formulierten Vorschläge, reale Partizipationsmöglichkeiten von Betroffenen sowie Selbsthilfepotenziale zu stärken (*Hornstein 1980, S. 15*), wurden wegweisend im Achten Kinder- und Jugendbericht (*Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 1990*) aufgegriffen und als Strukturmaxime einer lebensweltorientierten Jugendhilfe formuliert. Hier heißt es: „Wenn lebensweltorientierte Jugendhilfe darauf hinzielt, daß Menschen sich als Subjekte ihres eigenen Lebens erfahren, ist Partizipation eines ihrer konstitutiven Momente“ (*ebd., S. 88*).

Der hier formulierte Anspruch bezieht sich vor allem auf den Rechtsanspruch der Kinder und Jugendlichen im Rahmen von Jugendhilfemaßnahmen, aber auch auf Formen der Mitbestimmung in Angeboten der Jugendhilfe. Mit dem Zehnten Kinder- und Jugendbericht (*Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 1998, S. 144 ff., 172 ff.*) wird erneut Partizipation als Auftrag für die Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe, aber auch für die weiteren Sozialisationsinstanzen aufgegriffen. Im

Vordergrund der letztgenannten Expertise steht nun stärker das Recht zur gesellschaftlichen Partizipation von Kindern und Jugendlichen, auch bezogen auf kommunalpolitische Entscheidungsprozesse, sowie die Zielperspektive, durch Partizipation Verantwortungübernahme für eigene und gesellschaftliche Belange frühzeitig durch Erziehung zu vermitteln. Im Zentrum aller partizipatorischen Bestrebungen, sei es aus politischer, soziologischer, sozialarbeiterischer Perspektive stehen die Akteure, als Betroffene und Beteiligte in eigener, aber auch weiter gehender, nämlich gesellschaftlicher Angelegenheit.

4.3 Partizipation als Herausforderung in zivilen Gesellschaften

Im Folgenden möchte ich Markierungslinien herausarbeiten, inwiefern Partizipation als Handlungsmaxime der Sozialen Arbeit, auch vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Analysen, mehr Bedeutung zugemessen werden kann. Eine Argumentationslinie lässt sich ebenfalls auf *Becks* Individualisierungstheorem, auf das sich bereits die oben genannten theoretischen Positionen der Lebenswelt- und Sozialraumorientierung beziehen, stützen. Beide Theorien begründen ihre Ansatzpunkte mit der Notwendigkeit, dass sich Individuen in individualisierten und pluralisierten Gesellschaften lebensweltlich Sinn stiftend orientieren beziehungsweise durch räumliche Aneignung institutionell und gesellschaftlich verorten müssen. Soziale Arbeit soll hier unterstützend wirken. Gleichermaßen kann davon ausgegangen werden, dass – der Analyse *Becks* folgend – an die Individuen verstärkt die verantwortliche Aufgabe herangetragen wird, sich aktiver zu organisieren sowie Einfluss auf die Organisation von gesellschaftlichen Institutionen und Entwicklungen zu nehmen. So kommt *Beck* zu folgender Analyse: „Diese Art der Individualisierung bleibt nicht privat, sie wird in einem bestimmten neuen Sinne politisch: Die individualisierten Individuen, die Bastler ihrer selbst und ihrer Welt, sind nicht mehr die ‚Rollenträger‘ der einfachen Industriegesellschaft, die der Funktionalismus unterstellt“ (1993, S. 154).

In dieser Entwicklung sieht *Beck* die Chance und prognostiziert (*ebd., S. 155*): „Die Individuen kehren in die Gesellschaft zurück.“ Damit wird die Herausforderung verstärkter Partizipation deutlich: einerseits im Sinne der Verortung seiner selbst im gesellschaftlichen Gesamtgefüge, andererseits aber auch, in der verantwortlichen Teilhabe an der Ausgestaltung von in Veränderung begriffenen gesellschaftlichen Gesamtstrukturen. Die Akteure werden zur eigenen, aber auch zur gesellschaftlichen Ressource. Hier knüpft die Diskussion eng an die Diskurse zur

Wiederbelebung der Zivilgesellschaft an. Sie steckt zudem einen weiteren Rahmen für die Bedeutung von Partizipation im Sinne von Verantwortungsübernahme, aber auch im Sinne der Wahrnehmung von demokratischen Rechten ab. Beide Aspekte sind bedeutsam für Handlungskontexte Sozialer Arbeit. Geht es hier doch immer auch darum, Menschen bei der Wahrnehmung und Einforderung eigener Rechte zu unterstützen, zudem aber auch, sie verantwortlich in die Gesellschaft zu integrieren, indem sie sich als Teil dieser erleben. Hier den Diskurs nachzuzeichnen, der sich um die Begriffs- und Bedeutungsgeschichte der Zivilgesellschaft entspannt hat, würde den Rahmen des Beitrags sprengen. Insofern skizziere ich einige Charakteristika: Im Vordergrund der Überlegungen zur Zivilgesellschaft steht das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft. Folgendes Zitat von *Evers* umschreibt das Spannungsverhältnis gut: „Die einzige allgemeingültige Definition ist eine doppelte Verneinung, in der Kurzformel: Nicht Staat – nicht Markt. Darin steckt bereits die doppelte Affirmation, daß Bürgerinnen und Bürger sich nicht nur für den Eigennutz, sondern auch für das Gemeinwesen engagieren; und daß es eine gesellschaftliche Öffentlichkeit gibt, die nicht staatlich organisiert ist. Das rückt jene vielfältigen Initiativen und Projekte in den Blick, in denen eine Aktivbürgerschaft öffentlich Probleme benennt, Lösungen debattiert und Modelle erprobt: Bürgerinitiativen, selbstorganisierte Einrichtungen, Vereine und Verbände, Selbsthilfegruppen...“ (1999, S.13).

In westlichen Demokratien wird unter dem Begriff der Zivil- oder auch Bürgergesellschaft nach Formen staatlichen und gesellschaftlichen Ineinanderwirkens gesucht. Bürgerinnen und Bürger sollen mehr Verantwortung im gesellschaftlichen und politischen Zusammenleben übernehmen, als kritische Öffentlichkeit agieren, ohne allerdings den Staat seiner Aufgaben zu entheben. Mit Bezug auf die oben genannten Begründungslinien für eine lebenswelt- und sozialraumorientierte Soziale Arbeit kommt nun vor dem Hintergrund der zivilgesellschaftlichen Debatte und der damit verbundenen Forderung nach verstärkter Partizipation eine weitere Komponente hinzu. Auf struktureller Ebene geht es darum, Menschen durch Partizipation verantwortliche und solidarische Mitgestaltung zu ermöglichen, auf individueller Ebene bedeutet das, Individuen als Subjekte des eigenen Handelns sichtbar werden zu lassen (*Debiel* 2002, S. 67). Der amerikanische Politologe *Benjamin Barber* weist darauf hin, dass Partizipation zudem mehr ist als ein demokratietheoretisches Element. Er sieht in ihr vielmehr die Voraussetzung für den Prozess der Individuation: „Solange Frauen

und Männer nicht an einem gemeinsamen, sie bestimmenden Leben und an den ihre Lebenswelt formenden Entscheidungen teilhaben, können sie keine Individuen werden“ (*Barber* 1994, S. 15).

4.4 Partizipation als Handlungsmaxime Sozialer Arbeit im 21. Jahrhundert

Inwiefern lässt sich aus den hier ausgeführten Überlegungen eine Handlungsmaxime für die Soziale Arbeit ableiten? Partizipation in institutionellen und gesellschaftspolitischen Kontexten setzt voraus, dass sich Menschen ihrer Rechte bewusst sind und zudem über Kompetenzen der Artikulation verfügen. Dafür bedarf es wiederum der Vergewisserung, in der gesellschaftspolitischen Öffentlichkeit einen Stellenwert einzunehmen. Nun zählt insbesondere die Klientel der Sozialen Arbeit vor dem Hintergrund sozialer oder auch altersgebundener Problemlagen häufig zu einem benachteiligten Personenkreis. In einer solchen Position als „Aktivbürger“ aufzutreten, stellt eine hohe Herausforderung dar. Sieht Soziale Arbeit vor dem Hintergrund der dargelegten Entwicklungen einen Bearbeitungsbedarf hinsichtlich der gesellschaftlichen Partizipation ihrer Adressaten und Adressatinnen, so gilt es sicher an erster Stelle, an der Befähigung zur Partizipation anzusetzen: lebensweltlich, das heißt in den unmittelbaren Alltagswelten und damit auch in den Institutionen der Sozialen Arbeit; sozialräumlich, indem im institutionellen, aber auch im öffentlichen Raum, Gelegenheiten zur sozialräumlichen Aneignung und damit Sichtbarmachung von Interessen gegeben und unterstützt werden. Mit Bezugnahme auf *Barber* (1994, S. 239 ff.) ist davon auszugehen, dass hierfür „stark demokratische Elemente“ in den verschiedenen Bereichen aufgebaut werden müssen. Es geht somit nicht nur um die Unterstützung von partizipativen Prozessen, sondern auch um die Befähigung zur Partizipation.

5. Fazit

Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft bezieht sich auf soziale Problem- und Lebenslagen von Einzelnen und Gruppen in aktuellen gesellschaftlichen Bezügen und zielt auf deren Verbesserung durch adäquate Handlungskonzepte. Die im Rahmen des Aufsatzes nachgezeichneten theoretischen Konzepte einer lebensweltorientierten und sozialräumlichen Sozialen Arbeit wählen ihren Bezugsrahmen in der Analyse individualisierter und pluralisierter Gesellschaften und damit verbundenen Herausforderungen an die Individuen. Unterstützung bei der lebensweltlichen Alltagsorganisation (auch alltagskritisch) leisten, Aneignungsräume institutionell und im Lebensumfeld eröffnen – das sind zentrale Maximen

Sozialer Arbeit im 21. Jahrhundert. In beide Konzepte eingebunden ist das Handlungsprinzip der Partizipation. Vor dem Hintergrund weiter gehender Erfordernisse und Herausforderungen an die aktiven Bürger und Bürgerinnen in Zivilgesellschaften ist Partizipation jedoch nicht nur konstitutives Element der dargelegten Maximen Sozialer Arbeit. Sie ist zudem gleichwertiges und eigenständiges Handlungsprinzip im Dreiklang mit den erstgenannten, im Sinne einer sich auch als politisch verstehenden Sozialen Arbeit. Dies sowohl mit Blick auf die Stärkung von demokratischen Teilhaberechten benachteiligter Bevölkerungsgruppen als auch mit Blick auf Verantwortungsübernahme für gesellschaftliche Belange und Entwicklungen.

Die fachliche Diskussion um Partizipation als Handlungsauftrag Sozialer Arbeit bezieht sich zurzeit überwiegend auf Kinder und Jugendliche. Dies auch vor dem Hintergrund demokratie- und kindheitstheoretischer Überlegungen und mit Blick auf eine auf Grund ihres Lebensalters hinsichtlich Partizipation benachteiligte Gruppe. Im Verlauf von weitergehenden Demokratisierungsbestrebungen, wie oben dargelegt, halte ich dies für erforderlich, insbesondere auch im Zuge des demographischen Wandels, der quantitativ die Altersgruppe der Kinder und Jugendlichen in eine Minderheitenposition führt. Dennoch ist die Maxime auch auf andere Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit übertragbar und nicht mehr nur als Auftrag für Benachteiligtengruppen zu verstehen. In zivilgesellschaftlichen Kontexten geht es meines Erachtens um die Aktivierung aller Bürgerinnen und Bürger, mit Blick auf subjektive und gesellschaftliche Entwicklungen. Hierzu kann Soziale Arbeit einen Beitrag leisten.

Anmerkung

1 Deinet bezieht sich auf verschiedene Arbeiten von Leontjew, siehe hierzu u.a. Leontjew 1980.

Literatur

- Baacke**, Dieter: Die 6-12jährigen. Weinheim 1984
Barber, Benjamin: Starke Demokratie. Hamburg 1994
Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main 1986
Beck, Ulrich: Die Erfindung des Politischen. Frankfurt am Main 1993
Böhnisch, Lothar; Münchmeier, Richard: Pädagogik des Jugendraums. Weinheim 1990
Buchkremer, Hansjosef: Ansatz einer Theorie der Subsidiären Intervention. In: Archiv für angewandte Sozialpädagogik 2/1976
Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit: Fünfter Kinder- und Jugendbericht. Bonn 1980
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Achter Jugendbericht. Bonn 1990
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und

- Jugend**: Zehnter Kinder- und Jugendbericht. Bonn 1998
Deibel, Stefanie: Versuchung zum Guten, Teil 3: „... es sei denn, man tut es!“ Partizipation von Kindern und Jugendlichen im lokalen Raum – ein Auftrag für Praxisfelder der Kinder- und Jugendhilfe? Aachen 2002
Deinet, Ulrich: Grundlagen und Schritte sozialräumlicher Konzeptentwicklung. In: Deinet, Ulrich (Hrsg.): Sozialräumliche Jugendarbeit. Wiesbaden 2005a, S. 13-25
Deinet, Ulrich: „Aneignung“ und „Raum“ – zentrale Begriffe des sozialräumlichen Konzeptes. In: ders. (Hrsg.): Sozialräumliche Jugendarbeit. Wiesbaden 2005b, S. 27-57
Evers, Tillmann: Bürgergesellschaft – Ideengeschichtliche Irritationen eines Sympathiebegriffs. In: Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Rundbrief Bürgerbeteiligung 1/1999, S. 12-19
Grunwald, Klaus; Thiersch, Hans: Das Konzept Lebensweltorientierter Sozialer Arbeit. In: Grunwald, K.; Thiersch, H. (Hrsg.): Praxis Lebensweltorientierter Sozialer Arbeit. Weinheim 2004, S. 13-39
Hinte, Wolfgang: Sozialraumorientierung. Bemerkungen zu einer missglückten Rezeption. In: Nachrichtendienst 10/2005, S. 359-362
Holzkamp, Klaus: Sinnliche Erkenntnis. Frankfurt am Main 1973
Hornstein, Walter: Intentionen, Methoden und Ergebnisse des fünften Kinder- und Jugendberichts. In: Loccumer Protokolle 21/80: Bedingungen und Möglichkeiten politischer Partizipation Jugendlicher. ohne Ort 1980, S. 3-18
Leontjew, A.N.: Probleme der Entwicklung des Psychischen. Frankfurt am Main 1980
Löw, Martina: Raumsoziologie. Frankfurt am Main 2001
Muchow, Martha; Muchow, Hans Heinrich: Der Lebensraum des Großstadtkindes. Weinheim/München 1998 (herausgegeben von Jürgen Zinnecker, Originalausgabe 1935)
Riege, Marlo; Schubert, Herbert: Zur Analyse sozialer Räume. In: Riege, M.; Schubert, H. (Hrsg.): Sozialraumanalyse. Opladen 2002, S. 7-58
Schmals, Klaus M.; Heinel, Hubert: Anspruch und Wirklichkeit ziviler Gesellschaften. In: Schmals, K.; Heinel, H. (Hrsg.): Zivile Gesellschaft. Opladen 1997 S. 71-74
Wewer, Göttrik: Demokratie, Demokratisierung. In: Schäfers, Bernhard; Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Opladen 1998, S. 111-123
Zeiger, Helga: Die vielen Räume der Kinder. Zum Wandel räumlicher Lebensbedingungen seit 1945. In: Preuss-Laussitz, Ulf u.a.: Kriegskinder, Konsumkinder, Krisenkinder. Berlin 1983